K4 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.03.2016

4. Freies Berlin!

4.1. Alles Berlinerinnen und Berliner

Vielfalt – Partizipation – Religion

Berlin ist weltweites Sinnbild für Freiheit, Offenheit und Toleranz. Die Berlinerinnen und Berliner haben es gemeinsam geschafft, die Mauer einzureißen. Das prägt das Lebensgefühl der Stadt und macht sie so anziehend. Jede*r zweite Mensch, der in Berlin lebt, ist in die Hauptstadt gezogen. Jede*r vierte Mensch hat Wurzeln außerhalb Deutschlands. Miteinander leben wir eine Kultur der gegenseitigen Wertschätzung. Die Anerkennung unseres Grundgesetzes und das Recht jeder Person, sich frei zu entfalten, sind die Grundlage für unser friedliches Zusammenleben in Vielfalt. So können wir alle unseren Traum von Berlin leben.

Wir wollen Vielfalt, Teilhabe und Integration gezielt fördern: den Karneval der Kulturen erhalten, die hervorragende Arbeit der Stadtteilmütter sichern, die Initiativen und Organisationen von Migrant*innen unterstützen und vieles mehr. Vielfalt im Alltag sichtbar zu machen heißt auch, mehr Menschen mit Migrationshintergrund in den öffentlichen Dienst einzustellen, gerade in den Berliner Polizeidienst. Der Wissens- und Talentschatz der vielen Menschen, die nach Berlin kommen, liegt brach. Wir wollen ihn heben: Abschlüsse unkompliziert anerkennen, Wege in den Arbeitsmarkt öffnen und die migrantische Ökonomie stärken. Und wir sorgen dafür, dass es endlich wieder eine*n unabhängige*n Integrationsbeauftragte*n gibt.

Noch immer sind Menschen mit Migrationshintergrund strukturell benachteiligt und Diskriminierung ausgesetzt: Sie haben schlechtere Chancen auf einen guten Bildungsabschluss oder auf eine Wohnung und erleben auch Nachteile bei der Gesundheitsversorgung. Wir sind alle Berlinerinnen und Berliner. Wir Grünen wollen ein Antidiskriminierungsgesetz einführen, das die Gleichbehandlung aller sicherstellt.

In Berlin sollen alle Menschen nach ihrer Fasson selig werden. Religionsfreiheit bedeutet für uns nicht, Religion so weit wie möglich ins Private und in die Hinterhöfe zu verbannen. Im Gegenteil: Wir wünschen uns, dass sich Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften am gesellschaftlichen Leben beteiligen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir die Seelsorge auch in Krankenhäusern und Gefängnissen gewährleisten. Zugleich wollen wir gemeinsam weiter daran arbeiten, das Wahlfach Religion besser in den Stundenplan einzubeziehen und das Pflichtfach Ethik weiter zu entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, einen Lehrstuhl für islamische Theologie in Berlin einzurichten. Mit den großen christlichen Kirchen treten wir in einen Dialog darüber, wie wir die Staatsleistungen ablösen können, die Berlin seit der Säkularisierung jedes Jahr an die Kirchen zahlt.

4.2. Hauptstadt der Kultur und Kreativen

Kultur – Medien – Clubkultur/Kreativwirtschaft

Ob Musik, Theater, Tanz, ob Film und Literatur oder bildende Kunst: Berlin ist Weltkulturstadt und Magnet für Kulturschaffende wie Besucher*innen. Um diese Lebendigkeit und Vielfalt werden wir beneidet. Die Berliner Mischung aus renommierten Kultureinrichtungen und freier Szene ist einzigartig. Damit das in einer wachsenden Stadt so bleibt, muss Politik Freiräume für Kunst und Kreativität erhalten. Zu ihren Kernaufgaben gehört eine neue

Liegenschaftspolitik. Wir wollen einen Teil der öffentlichen Liegenschaften grundsätzlich für Kultur vorhalten und dazu ein öffentliches Kulturkataster erstellen. Mit Hilfe einer Agentur, die vermittelt, ermöglichen wir, dass Räume auch temporär für Kunst und Kultur genutzt werden können.

Berlin ist international berühmt für seine Clubkultur. Sie ist typischer Teil der urbanen Vielfalt und bedeutender Wirtschaftsfaktor. Wir wollen Berlins lebendige Clubkultur erhalten, Standorte sichern und bei Konflikten mit Anwohner*innen für einen fairen Interessenausgleich sorgen.

Gute Kultur gibt es nur, wenn sich die Lebens- und Arbeitssituation der Künstler*innen verbessert. Wir machen uns für generelle Honoraruntergrenzen bei der öffentlichen Kulturförderung und für angemessene Tarifabschlüsse stark. Der Mindestlohn muss auch für Kultur- und Medienschaffende gelten.

Insbesondere für die freie Szene ist ein Zuwachs der Mittel - zum Beispiel aus der City-Tax - längst überfällig. Wir überarbeiten die Förderstrukturen und richten sie neu aus. So stärken wir beispielsweise Ankerinstitutionen, an denen die freie Szene projektbezogen andocken kann. Teile des ehemaligen Flughafengebäudes in Tempelhof wollen wir langfristig zu einem Kultur- und Kreativhafen umbauen, in dem Proberäume, Studios und Künstlerateliers ebenso Platz finden wie Film- und TV-Produktionsfirmen, Startups oder Forschungsreinrichtungen aus dem Kreativbereich.

Berlins Stadtteilbibliotheken wollen wir erhalten, die Zentral- und Landesbibliothek an einem Standort vereinen und die Gedenkstättenpolitik aufgrund steigender Besucher*innenzahlen zusammen mit dem Bund neu ausrichten. Um EU-Fördermittel besser einwerben zu können, stellen wir mehr Mittel zur Kofinanzierung bereit. Den Hauptstadtkulturfonds wollen wir bei den Regelförderungen entlasten, einen zusätzlichen Festivalfonds schaffen und Literatur noch gezielter fördern.

Berlin soll ein Medienstandort des 21. Jahrhunderts werden. Immer öfter ziehen Verlage und Sender mit ihren Redaktionen in unsere Stadt, immer mehr Filme, Serien und Dokumentationen werden hier produziert. Wir wollen die crossmediale Medienpolitik für unsere Stadt stärken. Das bedeutet, den digitalen Aufbruch ernst zu nehmen und als Chance zu betrachten, egal ob für Zeitungen, Radio, Fernsehen oder neue Medien. Wir streiten für Medien-Startups genauso wie für eine Stärkung des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) und der Medienanstalt Berlin-Brandenburg. Die Werbefreiheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wollen wir weiter vorantreiben.

4.3. Geschlechter? Gerechtigkeit!

Frauen – Gleichstellung – Queer

Eine freie Gesellschaft gelingt nur, wenn sich alle gleichermaßen verwirklichen können. Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer, Lohngerechtigkeit, gleiche Berufschancen, Unabhängigkeit und sexuelle Selbstbestimmung sind Werte, die unseren Weg bestimmen. Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist vielfach aber noch ein uneingelöstes Versprechen. Grüne Berlin-Politik steht für konsequentes Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting. Das heißt: Wir werden bei allen Entscheidungen auf allen Ebenen die Lebenssituation und Interessen aller berücksichtigen. Und: Wir setzen uns dafür ein, dass Gleichstellung sich auch im Haushaltplan als gerechte Verteilung der Mittel niederschlägt. Die landeseigenen Unternehmen und den Öffentlichen Dienst werden wir zum Vorbild für gleiche Chancen und gerechte Entlohnung machen. Damit Ungerechtigkeiten abgebaut werden, setzen wir uns für Klagerechte im Landesgleichstellungsgesetz ein. Damit Frauen frei wählen können, wo sie ihr Kind zur Welt bringen, regeln wir die Hebammenversorgung bundesweit neu.

Wir Grüne bekennen uns klar zur Ehe für alle. Alle Liebenden verdienen die gleichen Rechte. Berlin muss bei der Öffnung der Ehe eine Vorreiterrolle einnehmen und darf nicht wie der rot-schwarze Senat durch seine Enthaltung im Bundesrat das Gegenteil bewirken. Um die Benachteiligung queerer Menschen in Berlin weiter abzubauen, verankern wir das Thema künftig fest im Lehrplan der Berliner Schulen und entwickeln die „Initiative Sexuelle Vielfalt“ weiter – vor allem mit Blick auf die Arbeitswelt, ältere Menschen und Geflüchtete. In Berlin darf niemand diskriminiert werden. Jede*r hat einen Platz, unabhängig vom Geschlecht oder der sexuellen Identität.

Gewalt gegen Frauen gibt es in allen Kulturen und Schichten. Das hat mit überkommenen Geschlechterrollen zu tun sowie mit der Verharmlosung von Alltagssexismus. Beim Schutz vor sexualisierter und häuslicher Gewalt kann Berlin deutlich mehr tun: In den meisten Bundesländern gibt es bereits die anonyme, anzeigenunabhängige Spurensicherung. Berlin ist Schlusslicht. Wir fordern eine ausreichende Finanzierung der Frauenhäuser und ein flächendeckendes und kultursensibles Angebot, das die Rechte der Opfer stärkt. Gerade um die Ausbeutung ausländischer Zwangsprostituierter zu bekämpfen, wollen wir sie vor Gericht stärken. Zudem werden wir einen Runden Tisch Sexarbeit einrichten, um den Dialog mit allen Beteiligten zu führen. Sexismus hat in Berlin keinen Platz. Auch sexistische Werbung wollen wir schon in den Verträgen, die das Land Berlin oder seine Unternehmen machen, nach österreichischem Vorbild ausschließen.

4.4. Offene Gesellschaft verteidigen

Bürger*innenrechte – Justiz – Drogenpolitik – Gegen Rechts – Sicherheit

Berlin ist die Stadt der Freiheit. Und wir Grüne sind die Partei der Bürger*innenrechte. Wir teilen das Sicherheitsbedürfnis der Menschen, erteilen jedoch dem Wettbewerb um immer schärfere Maßnahmen eine Absage. Symbolpolitik schafft keine Sicherheit. Wir setzen auf Vorbeugung, Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit. Der Schutz unserer Grundrechte steht an oberster Stelle. Auch öffentliche Sicherheit ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit. Angsträume, gerade für Frauen, sind inakzeptabel. Wir wollen, dass sich alle Berliner*innen bei sich zu Hause und in der ganzen Stadt sicher fühlen.

Unser Leitbild ist eine bürgernahe Polizei. Wir wissen um die herausfordernde Arbeit der Berliner Polizist*innen. Und auch, dass nur eine gut ausgestattete Polizei in der Lage ist, Straftaten schnell aufzuklären und Gefahren abzuwehren. Berlin braucht aber auch eine unabhängige Beschwerdestelle für Konflikte mit und innerhalb der Polizei. Die Ausstattung der Ambulanz- und Rettungsdienste wollen wir verbessern, damit im Notfall die Hilfe schnell bei den Menschen ist.

Eine freie und unabhängige Justiz ist der Grundpfeiler unseres Rechtsstaates. Hier beheben wir den Personalmangel, um wieder angemessene Verfahrenszeiten zu erreichen. In den Berliner Gefängnissen rücken wir die Resozialisierung wieder stärker in den Vordergrund. Gefängnisinsass*innen wollen wir den Zugang zum Internet ermöglichen und Maßnahmen wie „Arbeit statt Strafe“ ausbauen.

Der Berliner Verfassungsschutz ist nicht mehr zeitgemäß. Wir wollen Teile der Aufgaben an andere Behörden oder Einrichtungen übertragen und das System der V-Leute abschaffen. Der beste Schutz für unser Grundgesetz ist eine lebendige und couragierte Zivilgesellschaft.

Auch in Berlin steigt die Bedrohung durch Rechtsextreme und radikale Islamisten. Egal in wessen Namen: Bei uns haben Gewalt und Menschenfeindlichkeit keinen Platz. Zivilcourage und politische Bildung, Prävention, eine weltoffene Großstadtpolizei und moderne Sicherheitskonzepte sind dabei die wesentlichen Säulen. Die Arbeit der vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen schätzen und fördern wir.

Neue Wege werden wir in der Drogenpolitik gehen. Gerade für junge Menschen müssen wir die Drogenprävention stärken. Aber die strafrechtliche Verfolgung des Cannabis-Konsums halten wir für falsch und faktisch gescheitert. Wir wollen – soweit in Berlin rechtlich möglich – eine Legalisierung des Cannabis-Konsums für Erwachsene. Indem wir den Schwarzmarkt austrocknen stärken wir gleichzeitig den Jugend- und Gesundheitsschutz.

4.5. Berlin digital

Digitalisierung – Netzpolitik – Datenschutz

Berlin und der digitale Aufbruch waren bisher eine Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen: mit einer öffentlichen Verwaltung, die noch immer auf Windows XP angewiesen ist, und einer Stadt, der seit bald zehn Jahren öffentliches W-LAN versprochen, aber nicht eingeführt wird. Dabei lebt Berlin am digitalen Puls, viele Startups entstehen in unserer Stadt, Gründer*innen treiben die Digitalisierung unserer privaten Kommunikation und Arbeitswelt voran.

Digitale Chancen nutzen heißt, in Berlin das Thema digitaler Wandel anzugehen. Die Veränderungen, die damit verbunden sind, sind in ihrem Ausmaß aktuell kaum abschätzbar, weder für die Wirtschaft, die Bildungslandschaft, noch für unsere Demokratie. Wir wollen die digitale Zukunft unserer Stadt langfristig gestalten, statt auf kurzfristige Trends aufzuspringen. Wir schaffen eine Koordinierungsstelle im Senat, die den digitalen Aufbruch politisch steuert und die einsamen Pilotprojekte der einzelnen Senatsverwaltungen zusammenführt, vernetzt und massiv ausbaut. Und wir stärken gezielt Wissenschaftseinrichtungen, die themenübergreifend den digitalen Wandel erforschen.Wir wollen ein flächendeckendes und kostenfreies WLAN für ganz Berlin, auf Bahnhöfen, in Bussen und Bahnen oder öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken oder Museen. Dafür werden wir mit bestehenden Initiativen verstärkt zusammenarbeiten, auch um ihre Erfahrungen zu nutzen.

Berlin braucht schnell eine IT-Strategie für die Verwaltung mit vorausschauender Planung und einem zentral koordinierten Controlling. Grundlage muss zukünftig Open-Source-Software sein – sie schafft Unabhängigkeit, Sicherheit und eine größere Flexibilität. Der digitale Aufbruch in der Berliner Verwaltung ist eine Mammutaufgabe, er ist aber zentral, um das bisherige Chaos zu überwinden und wieder mehr Service, Effektivität und Transparenz zu erreichen.

Die Vermittlung eines selbstbestimmten Umgangs mit Medien ist wichtig, um an einer digitalisierten Welt teilhaben zu können. Die muss in Kita und Schule beginnen, ist aber eine lebenslange Aufgabe. Wir werden das Verständnis und die Auswirkungen der technologischen Entwicklung umfassender in Schulen vermitteln und Fähigkeiten wie Programmieren unterrichten. Gewalt wie Hate Speech und Mobbing im Internet akzeptieren wir nicht. Bilder von sexuellem Missbrauch an Kindern über das Internet zu verbreiten ist eine Straftat, die wir verfolgen werden. Wir wollen die Staatsanwaltschaften stärken und fortbilden und ein stärkeres Bewusstsein für diese Themen schaffen.

Selbstbestimmung hängt auch vom Umgang mit unseren Daten ab. Datenschutz ist wichtiger denn je. Wir wollen jede und jeden Einzelnen vor Missbrauch schützen. Daher werden wir die Datenschutzaufsicht in Berlin personell aufstocken. Verwaltung und Unternehmen müssen stärker sensibilisiert werden. Gerade für die Sicherheitsbehörden muss gelten: Nicht alles was technisch möglich ist, darf auch umgesetzt werden. Wir lehnen anlasslose Speicherorgien wie bei der Vorratsdatenspeicherung und der Funkzellenabfrage ab und wollen die Videoüberwachung öffentlicher Räume nicht ausweiten. Mit uns bleibt Berlin die Stadt der Freiheit.